

Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung“ erscheint jeden Freitag, Regelmäßige Beilagen: „Der Bauer aus Hessen“, „Die Spinnkate“. Bezugspreis: Bei den Postämtern vierteljährlich M. 2,70 hinzu tritt noch das Beleggeld; bei den „Heften“ monatlich 1,00 M., einschließlich Transportkosten. Anzeigen: Grundzeile 20 Bsp., totale 20 Bsp., Anzeigen von auswärtig werden durch Postnachnahme erhoben. Erläuterungs-Karten, Schriftleitung und Verlag: (Koblenz) Heften, Januarhefte 12, Fernsprecher 13, Post-Bezirksamt Nr. 4539, Amt Telegraf a. B.

Die Loslösungsbestrebungen.

Bekanntmachung.

Berlin, 10. Dez. (WB.) Die in verschiedenen Gegenden des preussischen Staates gemachten Verläufe: Teile von Preußen loszutrennen oder in Preußen eigenmächtige obelgseitige Veränderungen auszuführen geben uns Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß solche Bestrebungen das Gemeinwohl gefährden. Deshalb müssen diese mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden. Dies gilt um besonders für diejenigen gemischtsprachigen Landesteile Preußens, über deren staatliche Zugehörigkeit erst durch den Friedensvertrag die Bestimmung getroffen wird. Im übrigen wird über die künftige staatsrechtliche Gestaltung Preußens durch die Nationsversammlung entschieden werden. Sämtliche preussischen Behörden werden angewiesen, sich nach diesen Vorschriften unweigerlich zu richten. Allen dem zumwiderlaufenden Eingriffen ist unmissverständlich entgegenzutreten. Auch erwarten wir in jedem einzelnen Falle sofortige telegraphische Anzeilen.

Die preussische Regierung

als: Giesch, Ströbel, Braun, Guon, Ensl, Wolter, Hoffmann, Kosenfeld.

Die S.-Käte-Tagung des 18. Armeekorps.

Bodnauheim, 11. Dez. (WB.) Heute vormittag hatten etwa 200 Anwesende der Soldatenräte des 18. Armeekorps in der hiesigen Turnhalle eine Versammlung ab. Den Vorsitz führte der Bezirksverwalter des 18. Armeekorps, Sergeant Krenner. Redakteur Altmeyer sprach über die innere und äußere Lage der deutschen Republik. Hauptmann Müller gab Richtlinien für die Soldatenräte. Oberleutnant Eisele hielt einen Vortrag über Demobilisationsfragen. Nach dem Vortrag des Redakteurs Altmeyer wurde folgende Entschließung gegen 2 Stimmen angenommen: Die heute in Bodnauheim stattende Nationsversammlung der Truppen des 18. Armeekorps bekennt sich zu der Regierung Ebert-Haase und fordert die bestmögliche Einberufung der Nationsversammlung zur Sicherung und zum Aufbau der Republik. Die Versammlung verurteilt aufs schärfste das unverantwortliche Treiben der Spartakusleute und verlangt von der Regierung, daß sie hier sofort mit allen Mitteln ein Ende mache. Als ebenso selbstverständlich muß jeder Versuch gegen die Revolution, der von rechts gemacht wird, aufs schärfste bekämpft werden.

Drohende Einverleibung!

Koblenz, 10. Dez. Der hiesige Oberbürgermeister teilte der „Köln. Ztg.“ zufolge in einer Sitzung des Arbeiterrates aus vollkommen fester Quelle mit, daß Frankreich auf Einverleibung des linken Rheinufers hinstrebe. Belgien und Italien unterstützen diese Forderung, und England werde in dieser Beziehung auch seine Schwierigkeiten machen. Nur Amerika werde vielleicht daneben sein. Deshalb müsse man unbedingt dafür sorgen, daß die heutige Regierung amtlich vom deutschen Volke anerkannt werde. Bis dies durch die Nationsversammlung geschehen könne, sei es vielleicht schon zu spät. Es bleibe nur noch ein Ausweg übrig: den Reichstag möglichst bald einzuberufen. Der Reichstag könne aber unmöglich in Berlin zusammenkommen, weil er doch unter den heutigen Verhältnissen nicht frei arbeiten könne. Er habe daher den Vorschlag gemacht, ihn nach Koblenz oder Kassel einzuberufen und habe dementsprechende Telegramme an die Regierung und den Reichstagspräsidenten abgeschickt.

Truppeneinzug in Berlin.

Der zweite Einzugsstag.

Berlin, 11. Dez. (WB.) Der zweite Einzugsstag stand noch unter der schlichten Luise des Wettergottes. Trotz des reichlichen Regens und schneehediger Straßen erschien die Berliner Bevölkerung wieder auf dem Plan, um mit derselben herzlichen Begeisterung wie gestern die deutsche Jägerdivision zu begrüßen, die schon mehrere Tage vorher in den Ostbahnen am Grünwald eintraf und dort Rast machte. Als sich der Zug mit Kanzenreihen an der Spitze dem Brandenburger Tor nahte, spielten die vereinigten Kapellen unter Leitung ihrer Dirigenten, Obermusikmeister Götzsch und Müller, den Kaisermarsch. Es war eine Freude, zu sehen, wie die Weine fliegen, als unsere Jäger an dem Kriegsminister und dem General Regis vorbeimarschierten, die unaufrichtig mit Kopf und Hand unter Helmen grüßten, Offiziere und Mannschaften, Wagen und Pferde, ja selbst die Waffen waren mit frischem Lannengrün geschmückt. Die erste Eskadron des 10. Dragoner-Regiments marschierte zuerst über den Pariser Platz. Dann folgten der Divisionsstab mit dem Generalmajor von Dörfel als Führer und in hinterer Reihenfolge das Garde-Reserve-Jäger-Batallion,

das Garde-Reserve-Zwischen-Batallion, das Jäger-Regiment 11, das Jägerbataillon Graf Jork, die Lichterfelder Gardehülsen mit ihrer alten rühmbedeckten Fahne, eine Bionier-Abteilung, mehrere Batterien des Feldartillerie-Regiments Nr. 24, Nachrichtenformationen, das Jäger-Regiment 12 des Infanterie-Regiment Nr. 189, die Jäger-Regimenter Nr. 2 und 7 u. a. Als ein Teil der Truppen auf dem weiten Platz aufstellte, nahm begrüßte als einer Redner Volksbeauftragter Haase unsere Gruben. Darum wolle die Hölle unter dem Mühlsteinigen Stempel „Stimmt an mit hellem hohen Klang“. Als der letzte Ton verhallte hielt der weite Bürgermeister von Berlin Dr. Reich im Namen der Stadt eine Ansprache, die mit einem dreifachen Hoch auf die Jäger ausklang, in das alle Kreise einmündeten. Unter den Klängen des Vorwärts Marsches ging es weiter durch die geschmückten „Linden“ den Quartieren entgegen.

Die Entente, A- und S.-Käte und Reichstag.

Berlin, 11. Dez. Der „Vorwärts“ schreibt:

„Wir haben bereits berichtet, daß die Entente ein neues Ultimatum an Deutschland vorbereiten liehe, um die sofortige Wiederherstellung gesetzmäßiger Ruhe und Ordnung“ zu erzwängen. Dieser Sachverhalt wird jetzt deutlicher und fast zur Gewissheit. Wie der „Times“ berichtet, hat eine Note der Alliierten an den Reichstag auf eine sofortige Vollziehung der gesamten Arbeiter- und Soldatenräte der Vorkriegs-Konvention zur Befreiung vor. Die Note, die nach Willens Zutun abgelehnt werden soll, stellt eine vierköpfige Kommission zur Wiederherstellung der rechtsmäßigen Verhältnisse, nach deren Ablauf die Alliierten selbst die Befreiung des Reichstages in Deutschland in die Hand nehmen würden. Dazu liegen weitere Londoner Meldungen vor, die die Wahrscheinlichkeit dieser Gewissensfragen nicht nur mit der Zeitung der militärischen Maßnahmen gegen Deutschland betonen werden. Die Zusammenziehung der Truppen an der deutschen Grenze dauert fort. Auch die von uns erwähnte Abkündigung von 2000 Engländern in Köln muß damit in Zusammenhang gebracht werden. Die „Times“ schreibt, daß ein Sieg der Rückzugstruppe für die Alliierten die Aufhebung der in Deutschland einzumarschieren, um dort die Ordnung herzustellen.“

Mit dieser Auffassung steht folgende Mitteilung des „Recht“ im Einklang:

„Die Entente ist allem Anschein nach tatsächlich nicht geneigt, mit der loyalistischen Regierung und dem Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands zu verhandeln, da sie in diesen Angelegenheiten keine Vertretung des gesamten deutschen Volkes erblickt. Sie dürfte, nachdem sie seit vier Wochen bereits lehren direkten diplomatischen Verkehr mit der Reichsregierung verworfen hat, morgen bei Beginn der Verhandlungen über die Verlängerung der Räter-Abkündigung in Trier eine doktrinäre Erklärung abgeben. Anstatt dieser Sachlage können innerhalb des Kabinetts Verhandlungen darüber, den Reichstag wieder einzuberufen, um der gegenwärtigen Regierung eine parlamentarische Grundlage zu geben. Schon jetzt kann gesagt werden, daß die Regierung notgedrungen die Konsequenzen aus dem Verhalten der Entente wird ziehen müssen. Man rechnet in unterrichteten Kreisen damit, daß der Reichstag bereits Anfang nächster Woche zusammentritt. Ein solcher Beschluß dürfte höchstens im Laufe des morgigen Tages erfolgen. Wir möchten in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die Reichstagsung der Arbeiter- und Soldatenräte auf Montag, den 16. Dezember nach Berlin einberufen ist.“

Ein angeblicher Staatsstreich.

Nach dem „B. T.“ hat der Rat der Volksbeauftragten ermittelt, daß nicht bloß die zwei Beamten des Auswärtigen Amtes, sondern eine Reihe anderer Persönlichkeiten als Urheber des Haftbefehls gegen den Vollzugsrat zu betrachten sind, und daß der Zusammenstoß jener Gruppe, die an den Umtrieben gegen den Vollzugsrat beteiligt war, ein Zimmer im Hotel Bristol sei. Im Salon Nr. 221 des „Bristol“ fanden 22 Herren, die dieser „Verschwörung“ verdächtig erschienen; sie wurden sämtlich verhaftet. Soweit bisher bekannt ist, befindet sich unter ihnen außer mehreren Studenten der in dem Anschlag erwähnte Herr v. Rheinbaben, ein jungerer Prinz Hohenzoller und ein Herr Dr. Sad. In einem Nebenraume fand man 300 Gewehre, die mit Beschlag belegt wurden. Weitere Durchsuchungen der Räume und Ermittlungen unter den Gästen ergaben nichts Befastendes.

Auch diese Verhaftung hat sich als ein Mißgriff herausgestellt. Nach nahezu eifrigem Verhör sind sämtliche Festgenommenen, mit Ausnahme des Reichstagsrats Dr. Sad, entlassen worden. Die Festnahme stand im Zusammenhang mit der Aufhebung einer besonderen Studentenwehr, die sich ohne Bewilligung der Regierung gebildet hat, um für die Aufrechterhaltung

der Ruhe und Ordnung in Berlin zu sorgen. Ihr Führer war Referendar Dr. Sad. In der Wecht sind ungefähr 500 Schüler der Berliner Universität eingezogen. Auch die Vermittlung eines Offiziers des Kriegsministeriums ist es ihnen gelungen, 500 Gewehre zu erhalten. Die Studentenwehr hatte die Absicht, für den Fall eines Putsches der Spartakusgruppe jederzeit alarmbereit zu sein. Die Ermittlungen haben bisher ergeben, daß es sich um keine politische Organisation gehandelt hat, sondern lediglich um den Wunsch der Studenten, im Interesse der Regierung Ebert-Haase Putsch zu verhindern. Ein Zusammenhang zwischen dieser Studentenwehr und dem Versuch, im Abgeordnetenhaus, den Vollzugsrat zu verhaften, ferner ein Zusammenhang zwischen Dr. Sad und dem Grafen Marischka sowie dem Freiherren v. Rheinbaben aus dem Auswärtigen Amt besteht nicht. Die Festnahme des Dr. Sad ist erfolgt, weil die Regierung es nicht dulden wollte, daß jüngere unerfahrene Leute eventuell auf eigene Faust Waffengewalt ausüben.

Die Ablehnung der russischen Abordnung.

Berlin, 10. Dez. Die vom Vollzugsrat an die russischen Arbeiter- und Soldatenräte gerichtete Einladung zur Teilnahme an dem Zentralrat der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte in Gegenwart von Ententevertretern im Kabinett gewesen. Es wird jetzt von unterrichteter Seite bekundet, daß die deutsche Regierung an die Russen die Bitte gerichtet hat, mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage, in der sich Deutschland zur Zeit befindet, von ihrem Besuch abzusehen, da ein Erscheinen hochgewichtigere Vertreter Deutschlands jedenfalls in Schwierigkeiten der Entente gegenüber bringen dürfte. Die russische Sowjetabordnung, die aus den Herren Doffe und Kadel bestand und bereits an der Grenze eingetroffen war, wird nunmehr unverzüglich nach Moskau zurückkehren.

Rußland.

Die Zusammenstöße mit den deutschen Truppen.

Berlin, 8. Dez. (WB.) Auf den deutschen Einspruch wegen der russischen Angriffe auf Narwa, Pleskau und Alinty (Ukraine) hat die russische Regierung durch einen Junkspruch geantwortet, sie habe stets alles getan, das Verhältnis zur deutschen Armee freundschaftlich zu gestalten. Sie fährt dann fort: Wenn sich nach dem Abzug der deutschen Truppen gewisse geographische Elemente mit den Weißgardisten gemeinsame Sache machen und mit den russischen Truppen in offenen Krieg treten, so benutzt das Auswärtige Amt diese Gelegenheit, um die Handlungsweise der russischen Regierung, die stets mit allen ihren Kräften nach einer Verständigung mit den deutschen revolutionären Soldaten strebt, als eine der deutschen Armee gegenüber feindselige darzustellen. Das Auswärtige Amt versucht dem deutschen Volke glaubhaft zu machen, daß die russische Regierung den Abzug der deutschen Truppen geschehen will, nachdem die russische Zentral- und Lokalbehörden im Gegenteil jede mögliche Hilfe den abziehenden Truppen stets vorgeschlagen haben. Das Auswärtige Amt spricht sogar den Feindseligkeiten russischer Seite, nachdem im Gegenteil die russische Regierung und die russische Armee auf das Zustandekommen freundschaftlicher Verhältnisse zu den deutschen Truppen hingearbeitet haben. Die russische Regierung protestiert auf das entschiedenste gegen diese Verdröpfung der Tatsachen und wird alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel benutzen, um dem deutschen Volke die wahre Sachlage zur Kenntnis zu bringen. — Der russische Junkspruch ist der Diktator zur Aufklärung übermittelt. Diese antwortete folgendermaßen:

Es handelt sich sowohl bei Narwa wie bei Pleskau und Alinty um wohlüberlegte russische Angriffe auf unsere Truppen noch vor dem Abzug. Ueber die Angriffs vorbereitungen der Russen bei Narwa und Pleskau liegen sichere Nachrichten vor. Der russische Junkspruch ist Lüge.

Spanien kommt auch noch!

Nach einer halbamtlichen Meldung aus Madrid wird der „Nationalzeitung“ aus dem Haag übermittelt, daß der neue (deutschfeindliche) Premierminister Romanones den deutschen Gesandten Prinz Raibor wegen seiner Spionagepropaganda ausweisen wird. Gleichzeitig wird aus Berlin gemeldet, daß der bisherige spanische Botschafter Polo de Bernabe von seiner Regierung abberufen ist. Ein neuer Botschafter soll erst dann wieder ernannt werden, wenn in Deutschland wieder gesicherte Zustände hergestellt sind.

Zeichen des Misstrauens einer streng neutralen und in den Grenzen dieser Stellung stets wohlwollender Macht, wie es Spanien Deutschland gegenüber in diesem Kriege stets war, ist sehr bedauerlich.

Die Entente-Mächte haben also in Spanien ihren Zweck erreicht, denn die angebliche deutsche Spionage ist nur ein Verwand.

Gegen den Terror in Wien.

Wien, 6. Dez. Aus Wien wird geschrieben: Dr. Hans Ludwig Moser, der Sohn des unvergesslichen österreichischen Waldpoeten, hat einen Aufruf an Deutschösterreich gerichtet, in dem er sich in kräftigen Worten gegen den Terror der Sozialdemokratie in Wien wendet. Hans Ludwig Moser der bekanntlich auch ein sehr begabter Dichter ist, tritt für das Bürgerrecht und die Bauern ein, die sich durch den Terror der roten nicht einschüchtern lassen sollen. Deshalb verlangt er, die verfassunggebende Nationalversammlung soll nicht in Wien, sondern in einem unabhängigen wirklich deutschen Lande abgehalten werden. Wohl der rote Terror so weiter in Wien, dann ist eine Loslösung der Alpenländer von Wien unvermeidlich. Dann ist Wien politisch vereint und erhält auch seine Lebensmittel. Die heute noch halbwegs einflussreichen Kreise des Bürgertums und der Bauern sollen ihre Schwere abhütteln und sich von der roten Schreckensherrschaft befreien. Darum fort mit der verfassunggebenden Nationalversammlung aus Wien!

Wilhelm II.

Saar, 10. Dezbr. Amtlich wird mitgeteilt, daß im Kaiserlichen Rat in Saar nichts von einem Schritt der deutschen Regierung bekannt ist, der Bezug hat auf die Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers und des Kronprinzen.

Marburg (Hahn), 10. Dezbr. Die hiesige Organisation der Demokratischen Partei telegraphierte an den Reichskanzler: Obwohl wir die Nachricht der Zeitungen, daß die deutsche Regierung in die Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers vor ein internationales Gericht eingewilligt habe, für unmöglich halten, fordern wir Sie auf, im Namen der nationalen Ehre aus Rücksicht gegen die Möglichkeit einer solchen Handlung unserer Reichsregierung Protest einzulegen.

Düsseldorf, 10. Dez. Der Korrespondent der „Morning Post“ meldet aus dem Haag: Das Verhalten des Kaisers in seinem bösewilligen Urteil ist immer mehr die Annahme zu, daß er geisteskrank ist. Er ist von betterer Rasse, ergeht sich in Sätzen und Witten über seine Abkunft und spricht von den Sorgen in Deutschland, als gingen sie ihn nichts an. Er klagt nur über Kopfweh. Jegende geistliche Einwirkung des katastrophalen Sturzes seines Hauses ist bei ihm nicht eine einzige Stunde wahrzunehmen gewesen. Selbst sein Gattin ist sprachlos über das Benehmen Wilhelms, das man sich nur durch geistige Erkrankung erklären könne.

Eine Erklärung der Großindustrie

Düsseldorf, 10. Dez. (W. B.) Die fortgesetzt in Versammlungen wiederkehrende Behauptung, die rheinisch-westfälische Großindustrie erstrebe aus kapitalistischen Gründen die Errichtung einer selbständigen rheinisch-westfälischen Republik, veranlaßt die Düsseldorf Großindustrie zu folgender Erklärung:

Die heute abend versammelten Vertreter der Düsseldorf Großindustrie erklären einstimmig, daß sie niemals den Gedanken erwogen haben noch erwägen werden, die Schaffung einer selbständigen rheinisch-westfälischen Republik zu befürworten. Sie halten am Deutschen Reich fest und mißbilligen alle auf Teilung Deutschlands in einzelne Republiken hinzielenden Bestrebungen. Nach Vornehmen mit einer großen Anzahl von Industriellen der Großindustrie des Rheinlands und Westfalens sind wir zur Feststellung der Tatsache berechtigt, daß auch diese denselben Standpunkt vertreten und niemals mit einer solchen oder ähnlichen Anregung hervorgetreten sind, jedoch die in der Presse und in Versammlungen immer wiederkehrende Behauptung in nichts zusammenfällt. Ebenso unbegründet und sinnlos ist das Gerücht, daß die Großindustrie des Westens die Besetzung ihres Gebietes durch feindliche Truppen betreibe. Auch diese Behauptung ist glatt erfinden. Die vorstehend behandelten Verleumdungen der Deutschen zeigen, wie dringend notwendig es ist, die Nationalversammlung in allerhöchster Zeit einzuberufen, da jeder Tag der Verzögerung die politische Verwirrung steigert und außerdem den wirtschaftlichen Zusammenbruch beschleunigt. Die Industrie des Rheinlands und Westfalens muß daher auch von diesem Gesichtspunkt aus schnelle Einberufung der Nationalversammlung dringend fordern.

Die angebliche Gegenrevolution.

Die „Kote Fahne“ machte folgende Mitteilungen über den angeblich bevorstehenden Putsch gegenrevolutionärer Truppen: Rings um Berlin seien unter dem Generalkommando Lequis königliche Truppen zusammengezogen, die bestimmt seien, in Berlin einzurücken, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, die Regierung Ebert-Haase zu stützen und den Sozialbund zu unterstützen. Die Truppen seien mit Munition ausgiebig versorgt, auf jedes Maschinengewehr kämen 30 000 Schuß. Der Einzug der Truppen ist beschlossen, er ist in aller Ruhe vor sich gegangen und die vorausgesagte Gegenrevolution blieb aus.

Das Sozialistisches kommt Johann nach einmal auf die Vorgänge am Freitag zu sprechen und behauptet, daß der Soldatenrat bereits am Donnerstag nach dem Anschlag auf den Vorgesetzten genügt und den ganzen Plan Ebert mitgeteilt habe. Der Putsch sei von Wels zusammen mit Marten ausgeführt worden. Ebert sei durch ein Protokoll, das der Soldatenrat hinterlassen habe, aufs genaueste über den Putsch unterrichtet gewesen, er habe dieses Protokoll unterschrieben und vor den Mitgliedern des Kabinetts Haase-Dittmann vorgelesen. Die Scheidemänner hätten also den blutigen Freitag, die Besetzung der A- und S-Wärte, die Niederschlagung der Sozialisten, die Errichtung einer Militärdictatur bis ins einzelne vorbereitet. Sie richtet angeht diese angeblichen Vorgänge an die Unabhängigen die dringende Aufforderung, aus der Regierung sofort auszutreten. Die Mitarbeit mit Scheidemann sei vor dem 6. Dezember eine politische Feindschaft gewesen, sie sei jetzt, nachdem an den Händen Ebert-Scheidemann-Wels das Blut vieler Opfer der Wehrlei fließt, eine politische Ehrlosigkeit. Falls die Haase und Dittmann nicht sofort alle Brücken zwischen sich und der blutigen Kollaboration der Scheidemänner abschneiden, dann müsse die Masse der Partei die Brücken zwischen sich und den Haase-Geistes abbrechen.

Rebel bemerkt, ist die ganze „Kote Fahne“ nichts anderes als ein einziger Flammenberg, der die Regierung: „Die Scheidemänner verurteilt zum Verleumdung Verbot“, „Nieder mit Ebert-Scheidemann“, „Nieder mit den Wehrern“, das ist der Ton auf den der Inhalt des ganzen Blattes sich zusammenfassen läßt.

Aber auch das Treiben der Unabhängigen wird immer terroristischer. So wurde in einer Versammlung der Unabhängigen überzweigentlich von den politischen Führern mitgeteilt, die Nationalversammlung habe nur die Aufgabe, die jetzt oder eine andere sozialistische Regierung zu bestätigen, und den Friedensvertrag mit den Feinden anzunehmen. Also kann wird die Nationalversammlung als gegenstandslos angesehen und die ganze politische Macht geht wieder in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte zurück.

Dieser Vorgang geben selbst der „Frankfurter Zeitung“, die erst vor wenigen Tagen eine gemeinsame Front des Bürgertums ganz entschieden ablehnte, Anlaß, folgendes zu schreiben:

„Herr Adolf Hoffmann, früherer Kultusminister, hat am Sonntag öffentlich erklärt: „Ergeben die Wahlen keine sozialistische Mehrheit, dann muß die Nationalversammlung gesprengt und die Diktatur des Proletariats ausgerufen werden.“ Ist dies die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie? Man könnte in Verlegenheit sein, den Lehrgelohde-Hoffmann nicht ernst zu nehmen. Aber seine Partei hat ihn ernst genug genommen, um ihm das Kultusministerium zu übertragen. Uebrigens machen einzelne noch mehrgehende Führer der Unabhängigen im Privatgespräch gar kein Hehl daraus, daß sie entschlossen sind, das russische Beispiel nachzumachen und die Nationalversammlung mit Waffengewalt auseinander zu jagen, wenn sie ihnen nicht zuwillen ist. Zur systematischen Vorbereitung dieses Planes werden Waffen angekauft und fabriziert. Ihre Absichten und Vorbereitungen richten sich jedoch nicht nur gegen die Möglichkeit einer bürgerlichen Mehrheit in der Nationalversammlung, sondern außerdem ausdrücklich gegen die Mehrheitssozialdemokratie. Wenn die Partei Ebert-Scheidemann den Versuch machen sollte, gegen die Politik und Diktatur der Dittmann-Barth in wesentlichen Fragen aufzugeben, dann sollen die Maschinengewehre und Handgranaten der Unabhängigen ebenso gegen sie gerichtet sein wie gegen die bürgerlichen Mitglieder der Nationalversammlung. Gegenüber dieser Politik von Wärrern, die heute an der höchsten Regierungsgesellschaft befinden, ist die Frage, wie weit Waffen und Geldmittel von der russischen Generalität des Herrn Joffe geliefert worden sind, bedeutend.

Behauptung steht hier gegen Behauptung. Wer glaubt wohl, daß Herr Joffe einfach läßt, wenn er die positive Mitteilung macht, dem heutigen Volksbeauftragten Barth seien eine große Zahl von Waffen und zur Beschaffung weiterer Waffen mehrere hunderttausend Mark übergeben worden? Joffe behauptet nicht, Waffen und Geld Herrn Barth persönlich in die Hand gedrückt zu haben. Es hat natürlich vermittelnde Genossen gegeben, und damit erledigt sich sehr einfach das Scheinversteht Dementi des Herrn Barth. Die weitere Frage, ob und wann Haase von diesen russischen Dingen unterrichtet wurde, hat an sich für die Öffentlichkeit kein Interesse. Viel wichtiger wäre es, zu wissen, wie Herr Haase und seine unmittelbare Gefolgschaft zu dem Plane stehen, die Nationalversammlung, wenn sie einhundert nicht genähme Politik macht, mit Gewalt zu sprengen. Ist dies die Politik der Unabhängigen Partei oder nur ihres Teiles Barth-Hoffmann? Wollen aber Leute wie Haase, Bernstein und ihre Freunde nicht Terroristen sein, sondern Demokraten, dann ist schwer verständlich, was sie mit jenen Terroristen noch in einer Partei zusammen hält. Die Erwartung liegt nahe, daß der formelle Parteiführer wie gegenüber Herrn Joffe so auch auf die Erklärung Adolf Hoffmanns hin wieder bekanntmachen wird: Mein Name ist Haase, ich weiß von nichts.“

Es ist ja recht erfreulich, daß das großparteiliche demokratische Blatt zu dieser Erkenntnis kommt. Aber die Hauptsache ist, daß auch die Mehrheitssozialdemokraten ihr Verhalten danach einrichten. Es nicht nichts wenn sie sich bei Truppeneinmärschen oder wenn es gilt, das Bürgertum für sich zu gewinnen, als die Hüter der neuen Freiheit und des Volksstaates hinstellen. Wir meinen, daß mit den ewigen Verästelungen derer um Ebert, für Ruhe und Ordnung einzutreten, nichts getan ist. Der Volkswille und der Anarchismus dürfen nicht mit Worten, sondern müssen mit der Tat bekämpft werden. Nichts tun hilft nichts, hier muß gepflückt werden.

„Nebenkriegsmaßnahmen“ und Zusammenbruch.

In einer Rede, die Lloyd George am 7. Dezember in Leeds hielt, kam er auf den äußerst bedrohlichen Ernst des U-Boot-Krieges zu sprechen, und die Mittel, die die englische Regierung dieser Bedrohung entgegensetze: Schiffsbau und Vergrößerung der Handelsflotte. Im Anschluß daran fuhr Lloyd George fort:

„Das Geleit-System hat das Leben Abseits der Matrosen und Millionen Tennen von Schiffen ruiniert. Die Mittel, die Landboote zu vernichten, haben sich verbessert, und die Matrosen veranfaßten regelrechte Jäger auf sie, bis sie fast vollständig niedergelagert waren. Bei der Besetzung dessen, was „Nebenkriegsmaßnahmen“ genannt zu werden pflegt, sagte Lloyd George: Falls wir nicht Feldheere nach Mesopotamien und Palästina geschickt hätten, würde Bulgarien nicht ausgehoben und die Türkei nicht zusammengebrochen sein. Oesterreich stürzte zusammen, als es sah, daß die Alliierten durch die Hinterlist ins Land kommen konnten. Solange es Italien allein gegen sich hatte, konnte es sich gut halten. Die Alliierten waren ein guter Schachzug, doch war es vorbei, als die Hinterlist ausgemacht wurde. Die große Krise am 21. März 1918 erwähnend, sagte Lloyd George, daß er an Wilson telegraphiert hätte, daß jetzt amerikanische Hilfe unbedingt nötig sei, er möchte umgeben 120 000 Mann nach Europa senden. Am folgenden Tage kam die Antwort: Wilson telegraphierte: Sendet viermal Schiffe her, und dann werden wir 120 000 Mann senden. — Es war ein großes Missegeschick, zumal wegen der Verformung mit Lebensmitteln und Rohmaterial. Die Amerikaner haben 1 900 000 Mann geschickt, von denen 1 100 000 Mann durch die britische Handelsflotte herübergebracht wurden. Heute befinden sich alle britischen Landboote in britischen Händen, ebenso wie die Schiffsflotte, Kreuzer und Torpedobömer, die alle in britischen Händen unter britischer Verwaltung stehen. Die britische Armee marschiert dem Rhein zu. Der Sieg ist den Alliierten, dem unvergleichlichen Mut und dem Durchhalten der Soldaten und Matrosen zugesprochen, aber die Regierung darf etwas von diesem Erfolg auch ihrer Arbeit und Organisation zuschreiben. Das Wichtigste ist die Regelung des Landbesitzes und die Verbringung mit den Bodenerzeugnissen. Jetzt, wo wir den großen Kampf für den menschlichen Fortschritt gewonnen haben, sind wir entschlossen, auch weiter dem Ziel zuzustreben, um England auf ein Niveau zu heben, das es niemals vorher erreicht hat.“

Wen trifft die Schuld?

Über diese Frage wird ja in der Gegenwart außerordentlich viel geredet und geschrieben. Es ist ja außerordentlich billig, jetzt, wo der Karren in den Dreck gehoben ist tiefsinnige Betrachtungen anzustellen darüber, wie man es hätte besser machen können. Es ist nur schade, daß viele geistlichen Leute damals, wo ihr Rat vielleicht vonnöten gewesen wäre, nicht zur Stelle war.

Wir wollen uns auch heute nicht darüber unterhalten, wen die Schuld persönlich trifft an all' dem Unglück, das wir erlitten haben. Wir wollen nur unterfragen, wie es gekommen ist, daß wir, die noch im Sommer dieses Jahres himmelhoch jauchend waren, auf einmal in so kurzer Zeit niedergeschmettert waren, nachdem wir doch länger als vier Jahre einer Welt von Feinden Trost geboten hatten. Da finden wir in der „D. Tageszeitung“ von einem Frontsoldaten eine vorzügliche Betrachtung, die nach Gesprächen, die wir mit aus dem Felde heimgekehrten Kriegern hatten, den Nagel auf den Kopf trifft. Wir geben den Ausschluß darum im Wortlaut wieder:

Was jetzt meist allerdings nur völlig Unberufenen, über die Gründe und Ursachen für unsere Niederlage geredet und geschrieben wird, ist geradezu unglücklich. Für eine spätere objektive Geschichtsschreibung, die durch Sachverständige unter Benutzung aller hierzu nötigen Aktenmaterialien hoffentlich bald begonnen wird, werden alle augenblicklichen Erörterungen obigen Themas nur von psychologischen Interesse sein; gegenwärtigen geschichtlichen Wert werden sie wohl kaum haben. Aus allen Neuierungen fällt man jedenfalls heraus, daß einmal eine gewisse Absicht besteht, alle Fragen über die Ursachen für den Ausbruch und die Niederlage zusammenzuwerfen und die Schuld an allem, wie es jetzt gekommen ist, dem alten System und seinen Anhängern zuzuschreiben. Ferner versuchen alle zu behaupten, daß der Krieg schon verloren gewesen sei, ehe er recht begonnen hätte. Sie hätten alles genau vorausgesehen und stets genau vorhergesehen, wie es jetzt eingetroffen ist. Welt 2, das nun alles so schön vorher gesagt hätten, verlangen sie auf Grund ihrer guten Prophezei nun von all ihren Mitmenschen, daß sie auch ihren weiteren Prophezeiungen für die Zukunft Glauben schenken.

Wodurch haben wir den Krieg verloren und wer trägt hieran die Schuld?

Wenn auch nicht offen; denn man möchte den Frontsoldaten nicht kränken, so doch verdeckt, wird jetzt häufig die Ansicht vertreten, daß die Heimat erst infolge der Vorgänge an der Front seit Sommer dieses Jahres in ihrer Spannkraft nachgelassen hat und dann zusammengebrochen ist. Das ist eine völlige Verleumdung aller Tatsachen! Gerade das Gegenteil war der Fall! Die Front ist durch die nachlassende Unterstützung von Seiten der Heimat geschwächt worden und ist dann gerade in dem Augenblick, wo sie am widerstandsfähigsten hätte sein müssen, durch den Umsturz in der Heimat das Rückgrat völlig gebrochen worden. Dieses geht schon daraus hervor, daß letztere noch immer festhielt, als schon die ersten Bewegungen des Umsturzes in Deutschland begonnen hatten. Wer hat wohl damals im Herbst des Jahres 1914, als unsere Armeen in einem Siegeszuge ohnegleichen in Belgien und Frankreich eindringen, als sie dann vier Jahre lang weit in Feindsland stehend, selbst die übermächtigsten Angriffe unserer Gegner ständig ab schlagen und damit dieselben zum Einbringen in unser Vaterland fernhalten und abschnürten unser Heer in Ost und Süd selbst gegen gewaltige Übermacht stets siegreich unsere dortigen Feinde niedermachen, wer hat wohl damals, Frage ich jetzt, unser militärisches System, nachdem wir unsere Truppen im Frieden für den Krieg ausgebildet hatten, für falsch und unbrauchbar erklärt? Ich behaupte, damals, waren sich alle Sachverständigen mit dem ganzen deutschen Volk darüber einig, daß unser System für den Zweck, dem es dienen mußte, richtig gewesen war. Wenn wir auch, wie des

weitere Gang des Krieges zeigte, in der Verwendung unger
technischer Mittel bei Beginn des Krieges vielleicht schon etwas
weiter hätten sein können. Was den Geist und den inneren
Wert der Truppe anlangt, so hat wohl kein Volk jemals mit
einer besseren Armee einen Krieg begonnen, als wir im Jahr
1914.

Nach im Frühjahr 1917 war der Geist unserer Truppe aus-
gezeichnet. Die Erfolge unserer damaligen Offensiven sind,
für sich betrachtet, militärisch sehr viel höher einzuschätzen, als
die späteren Angriffe unserer Gegner. Mit dem Beginn der
feindlichen Offensiven im Sommer 1918 trat der Umschwung
ein. Die als Ersatz für die Verluste bei unserer Frühjahr-
Offensive einströmenden Mannschaften bestanden hauptsächlich
aus Leuten, die aus der russischen Gefangenenschaft oder aus der
östlichen Etappe kamen. Sie waren vollsteppig von bolsche-
wistischen Ideen und hatten die feste Ansicht, diese Ideen auch
in die Truppe hineinzutragen. Ferner bestanden sie aus jungen
Leuten, die bisher 30 bis 40 Markt mäßig in den Munition-
fabriken verdient hatten und die nun sehr wenig damit einzu-
kommen waren, das angenehme Leben in der Heimat mit dem
gefährlichen und entzogenen Leben an der Front vertauschen zu
müssen. In dieser Stimmung bildeten sie auch den besten Nähr-
boden für bolschewistische Ideen. Ein solcher Erfolg war natur-
gemäß den seelischen und körperlichen Anforderungen der Front-
kämpfe nicht gewachsen. Entschwerend kam noch hinzu, daß unsere
Feinde uns dements durch die Massenverwendung von Tanks
überstiegen, auf deren Abwehr wir nicht genügend vorbereitet
waren. Bald aber — wie früher schon in ähnlichen Fällen —
wurden hiergegen geeignete Maßnahmen gefunden, die uns in die
Lage versetzten, dieser Ungetüme Herr zu werden.

Demokratische Piepmeyer!

Die Sozialdemokraten führen fort die neue demo-
kratische Partei mit Hohn und Spott zu übergrößen. So
schreibt der bekannte (Kopf-ab) W e n d e l in der Frankfurter
„Volksstimme“:

Was sehen wir statt dessen? Die Furcht vor der „Sozial-
isierung“, die Angst um den Klassenkampf treibt, wie das
rohende Gewitter eine Schamherde, das Bürgerium in
hellen Tausen um die kompromittierten politischen Geschäfts-
haber und gestern zusammen, und es ist nur eine Art Schwy-
färbung, daß sie sich demokratisch nennen und republikanisch
gebärden. Denn die Fährliche, Kopf- und Wiener Banner-
träger des republikanischen Gedankens — wer laßt da nicht!
Wenn nämlich die imperialistisch-militärische Generalpolitik
gestiftet hätte, wenn die ganze Welt unter Hindenburgs
Stiefelsohlen geraten wäre und wenn Wilhelm II. in Lohens-
entfaltung seinen triumphalen Einzug durchs Branden-
burger Tor hielt, wer andere Hände mit erhabenen Rücken
und gekrümmten Rücken vor der vorstehenden Festtürme als
die Fährliche, Kopf- und Wiener! Aber es kam nicht
besser. In die Deutsche demokratische Partei war zunächst
die fortschrittliche Volkspartei ihre Kontinuität hinein,
während die Rationalisten als Deutsche Volkspartei
neu firmierten. Aber die Erkenntnis, daß gegen den vor-
der Verwirklichung seiner Ziele stehenden Sozialismus eine
geschlossene Front aller Nutznießer des Kapitalismus oberstes
Gebot sei, führte die beide zusammen, und heute ist der
nationalliberale und fortschrittliche Geist auf einen großen
Hosien zusammengesetzt, über dem das Schild prangt:
Deutsche demokratische Partei! Oder unter den offiziellen
Dachnamen: Demokratische Piepmeyer!

Nach ein Beitrag:

Leipzig, 10. Dez. Eine von der Leipziger Demo-
kratischen Volkspartei am Montag abend abgehaltene Ver-
sammlung im Reichsballsaal ist von den Unabhängigen ge-
führt und geführt worden. Bei Beginn der Ansprache
steterte eine Gruppe von Soldaten und Matrosen mit dem
bekannten Dr. Meyer an der Spitze auf das Podium. Es
kam zu einer allgemeinen Schlägerei, und die Bürgerlichen
wurden in den Saal hineinverdrängt, wobei es nicht ohne
Verletzungen abging. Einige Gegenstände, z. B. eine ge-
füllte Wasserflasche wurden zwischen die Anwesenden ge-
worfen. Die Bürgerlichen verließen darauf den Saal,
worauf der „Sieger“ die vorstehenden Flugblätter der
Demokratischen Partei unter Hohn und Schmähsen ver-
brannte.

Sie hat die Mär ein Ende!

Frei schlich, die da stoben von Feindes Hand den Tod,
Die nie mehr wieder sehen zu sein der Heimat Art.
Die Jubelnd sind gezogen vor Jahren in diesen Krieg,
Zum Tode wurd noch kämpfen um einen deutschen Sieg.
Nun liegt am Grund verschlagen all unser Herrlichkeit,
Denn laßt zu den Toten, das einst so weltbewei!
Vom Feind zum Meere strebte, das Banner schwarz-weiß-rot,
Das hoffnungselig entfaltete des Kaisers Herzgebot.
Der Abzügen Klage riefte wieder vom Donaustram,
Und trauernd künden die Gloden zu Worms im Alten Dom.
Den Feldern entfallen die Schwerter, sie stehen kumm und bleiß
Und wieder hat ein Ende die Mär vom Deutschen Reich.
Frei schlich, die da stoben von Feindes Hand den Tod,
Die nie mehr wieder sehen zu sein der Heimat Art.
Die Jubelnd sind gezogen vor Jahren in diesen Krieg,
Zum Tode wurd noch glauben an einen deutschen Sieg!

(Theodor Wolff in der Münchener Zeitschrift
„Deutschlands Erneuerung“, 1918, XII.)

Deutsche Bauern und „Berliner Tageblatt“.

Freudensdringend berichtet das „Berliner Tageblatt“, der ge-
schäftsführende Ausschuss des (liberalen) Deutschen Bauernbun-
des habe beschlossen, ein Bündnis mit der Deutschen Demokra-
tischen Partei abzuschließen. Diese Partei ist bekanntlich ein
Germ. Theodor Wolff (dem Leiter des Moskischen Blattes in

der Jerusalemstrasse) gegründet und wird von ihm, ebenso
wie von ihrer zweiten Rührmutter der „Frankfurter Zeitung“,
mindestens zweimal täglich angepöbeln. Man wird sich keinen
besseren Sachwalter der Bauerninteressen denken können, als
den Leiter des „Berliner Tageblattes“ und die ihm ebenbürti-
ge Frankfurterin. Herzliches Glückwünsch!

Aus der Heimat.

Friedberg, 12. Dez. Es hat mit Recht Befremden erregt,
daß so manche Formationen in unserer Stadt völlig lang- und
kannlos eingezogen sind, ohne daß nur die mindeste Empfangs-
oder eine Begrüßung stattgefunden hat. So war es beim Ein-
zug des 1. Inf.-Reg. Nr. 222, das zur Demobilisation in
unser Stadt geleitet wurde. Das war den Behörden bekannt,
sie waren auch über die Zeit des Einmarsches unterrichtet. An
den Bürgern hat es wenigstens nicht gelegen, denn die hiesige Bü-
rgerschaft ist dafür bekannt, daß sie den heimkehrenden Kriegern
genau den herzlichsten Empfang hätten zuteil werden lassen, den
die Erbacher dem Bundesregiment 221 bereitet hatten. Diese Un-
terstellung ist umso bedauerlicher, als es sich um ein heffisches
Regiment handelt, das in dem Kriege sich unübertrefflichen Ruhm
erworben hat. Es handelt sich um eine sehr Formationen, die
hauptsächlich aus Freiwilligen bestehend, im Sommer 1914 ausgebil-
det wurden. Seine Feuerläufe erhielt es in Kriechkämpfe, kam
dann mit den Regimentern 221, 223 und 224, die die 48. Division
bildeten, nach Polen, wo es sich in den Kämpfen um Loß aus-
zeichnete. Im Januar 1915 kam die Division in die Karpaten,
um das bedrängte Ungarn vor dem Russeneinfall zu schützen.
Die Feldmatten der deutschen Südarmee während des strengen
Kampfes sind in das Buch der Geschichte eingetragen.
Nach dem Durchbruch bei Tarnob-Gorke warf sich die deutsche
Südarmee aus den Karpaten den Russen in die Hände und
drängte sie bis zur Stupa zurück. Bei der Brusilow-Offensive
im Juni 1916 stand die 48. Division, zu der die 222er zählten,
wie ein Fels in der Brandung und rettete die Lage. Nochmals
brachen sie den Russenplan, als Kerenski seine Getreuen zum
letzten Ansturm bewegen wollte. Im Frühjahr 1917 kam das Re-
giment nach Frankreich, wo es sich vor Verdun, dieses Jahr in
Frontrückstellungen und zuletzt bei Cambrai und de Coteau
rühmlich ausgezeichnet und bis zuletzt Stand gehalten hat.
Da ein öffentlicher Empfang der Tapieren dieses Regiments
nicht stattgefunden hat, so halten wir es für unsere Ehrenpflicht,
an dieser Stelle den Braven zu gratulieren: Herzliches Willkom-
men zu Friedberg in der Weizerau!

H. Friedberg, 12. Dez. Die lästliche Bekleidungsstelle stellt
uns mit: Auch Strümpfe anzusetzen von jetzt an nicht
mehr der Regimentspflicht, ebenso brauchen für folgende
Artikel keine Bezugshelme mehr ausgeben zu werden:
Sweater jeder Art, Damen-Weiten, Unterhosen, Kopfschützer
und ähnliche Sachen, Schals, Mäntel, gefüllte Inlets, Kopf-
und Umhängehaube, Duden aller Arten.
Der frühere Ministerialrat und Vorsitzende der Ab-
teilung für alle Schulangelegenheiten, Staatsrat Ernst Ziff-
ert wurde zum Präsidenten der Oberrechnungskammer ernannt.

Frankfurt a. M. (Nach zwei Tote.) Bei den
Umdürrungen und der Fährerei in der Mainzer Landstraße
sind außer dem bereits gemeldeten Todesfall noch zwei
weitere Personen im Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen.

Aus Ettenberg.

Darmstadt. Um die Mitbestimmung zogen gestern mit
Ungeduld und Ansehlichkeit mehrerer Truppengattungen
durch die Rheinstraße und Wilhelmstraße. Von den
Stechengingern wurde schließlich begriffen hat der Würdige
der heiter dreizehnhundert Soldaten ein Bild größter Erb-
nung und ungebrochener Kraft. Es dürfte jetzt, wo die
Truppeneinheiten für Ende erreicht haben, auch an der
Zeit sein, die Straßen ihres Ruhens und sonstigen Schmuckes
zu entscheiden. An den Eingängen unserer Stadt werden auf
Bereit die Ehrenspalten abgebart. — Gestern wurden am
Eisenbahnofen etwa 100 Pfund frisches Fleisch beschlagnahmt
das aus dem Eisenbahnofen, nachdem von einer Geheim-
Inspektion herbeigeführt worden war und einem An-
nehmer zugewiesen worden sollte. Das Fleisch wurde zunächst
nach dem Schlachthof gebracht.

Frankfurt, 10. Dez. In der gestrigen Sitzung des A. und
S.-Rates wurde beschlossen, mit Rücksicht auf die drohende Be-
setzung von Darmstadt den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat
aufzulösen und dafür einen Volkerrat für die Republik Hel-
sen zu bilden. Alle heffischen A. und S.-Räte seien aufgefor-
dert worden, in gleicher Weise vorzugehen. In der gleichen
Sitzung wird ferner festgestellt, daß der Großherzog Ernst Ludwig
nicht dem Verlust der übrigen Kräfte folge und offiziell auf
den Thron verzichte. Man könne die Entscheidung darüber nicht
der Nationalversammlung überlassen und werde eventuell von
neuem eine Republik bilden, wenn die Nationalversammlung
sich eventuell für eine Monarchie aussprechen sollte. Es sei zu
bestimmen, daß ein Abkommen mit dem Großherzog an der
Spitze sein bilden werde. Für einen Großherzog sei jetzt in Hel-
sen kein Platz mehr. Entweder solle er fliehen, oder er müsse
interniert werden, wenn er nicht abtrete. Bei der Frage der
Sequestrierung des Vermögens der geisteskranken Familie er-
streckte der Ministerpräsident Ulrich, daß sich die Regierung mit
dieser Frage schon eingehend beschäftigt habe, es seien aber all-
gemein rechtliche politische und wirtschaftliche Verhältnisse in
Betracht zu ziehen. Bürger Pastor verbreitet sich über die
Steuerspolitik, wobei er den Bedarf des Reiches, des Staates
und der Gemeinden auf etwa 14 Millionen Mark rechnet. Da-
durch sollen wir unter einem ungeheuren Steuerdruck, der noch
durch die Kriegsentlastung, Verschlagnahme eines großen Teils
der Steuern, wie des Erzes, sowie Einziehung der im Aus-
land angelegten Gelder außerordentlich erhöht werde. Es müs-
sen Geldinstitute gebildet werden, welche für die Kapitalisten aus-
kommen und die Zinsen einziehen. Man müsse dafür sorgen,
daß der in Hel- sen sehr hohe Steuerfuß bei den Reichssteuern
nicht ungerecht angewendet werde.

Aus Rheinheffen.

Mainz, 9. Dez. (Die feindliche Besetzung.)
Heute nachmittags 2 1/2 Uhr zogen die ersten Franzosen in
Mainz ein. Ein Infanterieregiment mit leichter Maschin-
gewehrabteilung veranfaßte unter Vorantritt einer Musik-
kapelle eine Umzug durch die Stadt. Auf Anordnung des
französischen Militärbefehlshabers für Mainz haben alle
deutschen Militärpersonen (Offiziere, Sanitätsoffiziere, Be-
amten, Unteroffiziere und Mannschaften) den französischen
Offizieren die vorchriftsmäßige Ehrenbegeugung zu erweisen
Unschersam gegen diesen Befehl wird streng bestraft. Von
heute mittags 12 Uhr ab wird der Personennverkehr über die
Mainzer Eisenbahnbrücke eingestellt.

Aus Rheinheffen, 9. Dez. Die größeren Orte Rhein-
heffens sind nunmehr ausnahmslos mit französischen Trup-
pen besetzt. Kleinere Orte unter 500 Einwohnern sollen,
wie verlautet, keine Quartierung erhalten, während
größere Gemeinden mit etwa 5 Prozent ihrer Einwohner-
schaft durch feindliche Besetzung belegt werden. Die Feinde,
die sich der Einwohnerschaft gegenüber selbst zurückhaltend
und ruhig verhalten, werden von der rheinischen Bevölkerung
überall mit höchster Zurückhaltung und Würde empfangen.
Nirgends ist etwas von Zwischenfällen bekannt geworden.

Worms, 8. Dez. Auf dem Transport von Offizieren nach
dem hiesigen Handelsbahnhof wurden 50 Kisten Anstößige
wolle gestohlen. — Oberbürgermeister Köhler hat die Ver-
waltungsgeschäfte wieder übernommen. Der Arbeiter-
Rat hatte zuvor erklärt, daß er nicht mehr als Kontroll-
beamt der Rathaus betreiben werde.

Wöllstein, 10. Dez. Einen tragischen Tod fand der
Schneidemeister Kottath von hier. Der in den besten
Jahren stehende Geschäftsmann geriet bei einem Gang über
Feld in der Dunkelheit vom Wege ab und stürzte in eine
Sandgrube, wobei er das Genick brach. Kottath wurde
später bei in der Grube aufgefunden.

Aus Hessen-Nassau.

FC. Aus Nassau, 8. Dez. Der Nassauische Bauernrat,
Beilage zum Amtsblatt der diesseitigen Landwirtschafts-
kammer schreibt: Die Bildung von Bauernräten schreitet
im Nassauer Land schnell vorwärts. Fast ist der ganze
Regierungsbezirk Wiesbaden mit Bauern- und Arbeiter-
räten überzogen. In einzelnen Kreisen allerdings fehlt es
noch an örtlichen Organisationen. Jedoch endlich hat man
geglaubt, es genüge, wenn man einen Kreisbauernrat als
„beratende Stelle beim Landratsamt“ bildet. Diese An-
nahme ist irrig, und es muß hier von vornherein gesagt
werden, daß Bauernräte der Kreisbauernräte, die auf Ver-
anlassung des Landratsamtes gegründet werden oder ge-
gründet werden sind, nur von kurzer Lebensdauer sein kön-
nen. Der Landrat soll nicht in irgend einer Eigenschaft, auch
nicht etwa als Vorsitzender eines landwirtschaftlichen Bezirks-
vereins, in der Agitation zur Bildung von Ortsbauern-
räten und Kreisbauernräten in Erscheinung treten, denn er
ist ja derjenige, der kontrolliert werden soll.

FC. Wiesbaden, 8. Dez. Die rote Fahne, die mehrere
Wochen auf dem Schloß, dem seitherigen Sitz des Arbeiter-
und Soldatenrats wehte, ist eingezogen worden in Anbe-
tracht der Einmarsche der französischen Besatzungstruppen.
Die einstige nationalsozialistische Fahne liegt nun wieder in Ruhe
und Frieden da.

FC. Eltville, 6. Dez. In der Villa Reich dahier wurde
ein großer Silberdiebstahl ausgeführt. Als bei Ausbruch des
Krieges die Familie in ihre Heimat, nach Frankreich, sich be-
gab, ließ sie auch das gesamte Silber in der Villa zurück. Als
später die Besetzung unter deutsche Verwaltung gestellt wurde,
verschloß man das Silber in einem Schrank und verhegelte ihn.
Jetzt ist festgestellt worden, daß der Schrank auf der Rückseite
erbrochen, auch die Einzel gelöst, aber wieder kunstgerecht auf-
gehegt waren. Das gesamte Silber ist verschwunden.

FC. Gießen, 8. Dez. Von dem zum Transport nach
Würzburg bereits im Schiff lagernden Wein der künftlichen
Domäne werden in der Freitag Nacht zwei Viertelstück über-
gestohlen. Branddirektor Bischoff machte jedoch die beiden
gestohlenen Fässer anfindig. Sie befanden sich auf einem
Wagen, der zu dem Wagenpark des hier einquartierten Ar-
tillerieregiments aus Thern gehörte. Bischoff schaffte mit
seinem Wachmannschaften der Bürgerwehr mit dem Wein
beladenen Wagen nach dem Rathaushof und stellte den Wein
in die Speicherkeller und schloß sie ab. Als gestern morgen
Polizeiangehöriger Adler auf dem Rathaushof ein Führer
Lemmerle, begab er sich dorthin und sah, wie einige Artillerie-
Unteroffiziere und Mannschaften das eiserne Tor der
Speicherkeller erbrochen hatten und im Begriffe waren, den
Wein wegzuschaffen. Adler schloß schnell das eiserne Tor
zu, um den Abtransport zu verhindern. Die Feldgarnen
brachen aber auch dieses Tor auf und schafften den Wein weg.
Nach längerer Unterhandlung mit den betreffenden Offi-
zieren gelang es dem Domänenrentmeister Gahn die beiden
Fässer mit Wein wieder zu erhalten.

FC. St. Goarshausen, 6. Dez. Eine Militär-Pferden-
steigerung fand hier statt. Gegen tausend Käufer und Neu-
gierige aus der näheren und weiteren Umgebung hatten sich
eingesamelt. Die Preise für die Pferde waren verhältnismäßig
hoch, trotz des jahrelangen Ansehens. Das Paar Doppel Bang
kostete durchschnittlich 1750 Mark, ältere Pferde 150 Mark.

Aus Rheffen.

FC. Frankenberg, 8. Dez. Der Arbeiter- und Soldaten-
rat Frankenaus ist wegen fortgesetzter Störung der Organi-
sation der Volksernährung und der damit verbundenen
öffentlichen Ruhe und Ordnung aufgehoben worden.

Verantwortlich für den politischen und lokalen Teil: E. H. H.
Friedberg; für den Angelegenheit: E. Schmidt,
Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Tageszeitung“,
H. G., Friedberg i. H.

